

Margarete Jäger

Legitimierung einer „humanitären“ militärischen Intervention. Der Nato-Krieg in Jugoslawien und die Print-Medien

Der Nato-Krieg in Jugoslawien ist von der deutschen Bevölkerung mit „gemischten Gefühlen“ aufgenommen worden. Es gab zwar relativ wenige Umfragen in dieser Zeit, die sich mit dem Zustimmungsgrad der Bevölkerung befassten, doch die wenigen, die veröffentlicht wurden, machten deutlich, dass sich nur eine knappe Mehrheit für den militärischen Einsatz unter deutscher Beteiligung aussprach.¹ Doch obwohl dies so war, hat sich während der Kriegszeit kein bzw. kaum massenhafter Protest artikulieren können. Lag dies auch an der Berichterstattung über diesen Krieg? Hat die bundesdeutsche Presse Kriegspropaganda betrieben, hat sie sich ins Geschäft der Politik und Militärs einspannen lassen, in dem sie die notwendige Akzeptanz für den Krieg organisierte? Eine genaue Analyse, die Antwort auf diese Fragen geben könnte, steht noch aus.²

Deshalb verstehen sich die folgenden Ausführungen als ein Versuch, sich einer Antwort anzunähern, indem einige Besonderheiten herausgearbeitet werden, die die Berichterstattung über den Nato-Krieg ausgemacht ha-

¹ Nach einer Emnid-Umfrage vom 26.3. befürworteten 64% der Westdeutschen und nur 39% der Ostdeutschen den Luftangriff der Nato auf serbische Stellungen in Jugoslawien. 33% der Westdeutschen und 58% der Ostdeutschen sprachen sich dagegen aus. Eine deutsche Beteiligung an dem Krieg befürworteten 69% in West- und 41% in Ostdeutschland, gegenüber 30% im Westen und 58% im Osten, die sich dagegen aussprachen (DER SPIEGEL 13 vom 29.3.1999). Einen Monat später spricht sich nur noch 41% der Gesamtbevölkerung für eine Fortführung der Bombardements – 43% im Westen und 33% im Osten (DER SPIEGEL 17 vom 26.4.1999)

² Das DISS führt zur Zeit in Verbindung mit der Gerhard Mercator-Universität Gesamthochschule Duisburg eine Print-Medien-Analyse durch. Unter verschiedenen Fragestellungen wird die Berichterstattung während der „heißen“ Phase des Krieges diskursanalytisch untersucht. Unter anderem soll dort auch die Frage beantwortet werden, ob und in welcher Weise die in den Medien vorgetragene Kritik am Krieg unzureichend gewesen ist. Ein weiterer Gesichtspunkt dieses Projektes gilt der Frage, ob und inwieweit die Presse zur Eskalation des Krieges bzw. zur Deeskalation des Krieges beigetragen hat. Die hier im weiteren angesprochenen Fragestellungen (z.B. über die Funktion von Bildern, Grafiken und Landkarten) werden in diesem Projekt, mit dessen Ergebnisse im Lauf des Jahres gerechnet werden kann, systematisch untersucht.

ben. Dabei fällt eine generelle Schwierigkeit ins Auge, mit der wir es bei der Analyse zu tun haben. Es gilt, die Verflechtungen zwischen dem politischen und dem medialen Diskurs im einzelnen zu entwirren, um zum *Kern* des journalistischen Einsatz in diesem Krieg vorzudringen.³

Verunsicherung der Medien durch den Krieg

Eine erste Besonderheit bei der Kriegsberichterstattung ist deshalb wohl auch darin zu sehen, dass die Medien verunsichert waren. Ihre Instrumentalisierung durch die Politik trat während des Krieges offen zu Tage. Wohl auch deshalb räumten viele Journalisten und Redaktionen ein, dass die Informationen, die sie bringen, nicht verlässlich seien, im Fernsehen ebenso wie in den Zeitungen und Zeitschriften. Nachdem sie wochenlang bereits berichtet hatte, bringt z.B. die FRANKFURTER RUNDSCHAU am 12.4. erstmalig einen Kasten „In eigener Sache“. Dort notiert sie:

„Die meisten Angaben über das militärische und politische Geschehen stammen aus Quellen, die den jeweiligen Konfliktparteien und deren Informations-, Desinformations- und Propagandainteressen unterstehen. Ob und in welchem Umfang diese Angaben den Tatsachen entsprechen und was dabei verschwiegen wird, ist in vielen Fällen nicht nachprüfbar. Zur besseren Einschätzung der Berichte bemüht sich die FR-Redaktion, die jeweiligen Quellen zu benennen, und bittet die Leserinnen und Leser, diese Umstände bei der Lektüre zu bedenken.“

Dieser Kasten folgt danach unregelmäßig an gleicher Stelle auf den ganzseitigen Berichten, Kommentaren und Bildern zum Kosovo-Krieg. Ähnliche Stellungnahmen oder auch Reflektionen oder gar Analysen zur Rolle der Medien im Krieg finden sich auch in anderen Zeitungen. Ebenfalls am 12.4. schreibt die FAZ: „Das erste Opfer in Zeiten des Krieges ist die Wahrheit“. Sie zitiert den englischen Philosophen David Hume mit der Erkenntnis, in jedem Krieg werde der Feind verteufelt und die eigene Sache beschönigt.

In der TAZ lässt Eberhard Spohd seinen Kollegen von der FRANKFURTER RUNDSCHAU zu Wort kommen:

"Unterwegs kann man zwar versuchen, die Gegend, durch die man kommt, genau zu beobachten.... man kann aber nicht seriös darüber berichten. Wenn ich leere Häuser sehe, dann kann ich nicht unter-

³ Die Verflechtung zwischen diesen beiden Diskursebenen ist auch in anderen thematischen Feldern ausgesprochen dicht. Dennoch gilt dies besonders in Kriegszeiten, bei der von politischer Seite die Medien für eigene Zwecke in besonderer Weise instrumentalisiert werden.

scheiden, ob die Bewohner sich verstecken oder vertrieben wurden.
(TAZ v. 14.5.99)

Was dies jedoch für die Rezeption ihrer Nachrichten bedeutet, darüber war dann in der Presse nichts mehr zu lesen – zumindest nicht an herausragender Stelle. Allenfalls wurden eine Reihe von Artikeln gebracht, in denen über die Bedingungen der Nachrichten- und Bilderbeschaffungen auch unter moralischen Gesichtspunkten rasoniert wurde.

Anlässlich des Todes des Stern-Fotografs Volker Krämer widmet der SPIEGEL einen ganzen Artikel dem Thema der Kriegsberichterstattung. Auch hier finden wir die Klage darüber, dass Reporter nur "versuchen [können], zwischen Propagandalügen die Wahrheit über Konflikte zu erzählen." Doch zu einer Schlussfolgerung kann sich der Verfasser des Artikels, Clemens Höges, nicht aufraffen. (DER SPIEGEL 25 v. 21.6.99)

Unter der Überschrift "Wirklichkeit mit Tarnkappe" lässt der FOCUS die Medien sogar zu Kriegsteilnehmern werden, die durch "die 'Kriegswirren' in diesem Balkan-Konflikt in besonderem Maße [betroffen seien] ... Redakteure müssen entscheiden, was Wirklichkeit ist und was verfälschte Erinnerung, was gezielte Desinformationen oder plumpe Propaganda. ... Die schwierige Aufgabe, Fakten von Propaganda zu trennen stellt sich zuerst den Fernsehjournalisten, die schneller als die Konkurrenz mit Neuigkeiten, möglichst in Bewegtbildern, auf Sendung gehen wollen..."

(Focus 16/1999 vom 19.4.99) Für eine Zeitung, deren Selbstverständnis vor allem dadurch geprägt ist, dass sie "Fakten, Fakten, Fakten" präsentiert, müsste dieser Umstand eigentlich zu tieferem Nachdenken führen.⁴ Trotzdem müssen solche Einschätzungen und kritischen Hinweise bei der Gesamtanalyse der Berichterstattung berücksichtigt werden. Es könnte so sein, dass sich anlässlich des Krieges eine kritische Perspektive von JournalistInnen und Redaktionen auf ihre eigene Arbeit eröffnet, die auch nach dem Krieg noch Bestand haben kann. Doch können solche Selbstreflexionen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ein Großteil der Presse zumindest in der ersten Phase des Krieges in eine Legitimationsstrategie der Nato und der Politik hat einbinden lassen, mit der auf subtile und gleichzeitig gnadenlose Weise die Bombardements erklärt und verteidigt wurden. Diese Strategie lässt sich unter der Überschrift „Schaut Euch dieses Bilder an!“ subsumieren.

⁴ Dass hier der Krieg verharmlosend als "Balkan-Konflikt" titulierte wird, sei nur am Rande erwähnt.

Der massenhafte Einsatz von Fotos von Vertriebenen und Massakern legitimierte den Krieg und wertete Kritik ab

Auffallend an den Berichten zum Krieg war – nicht nur in den Print-Medien – der Einsatz von Fotos, Grafiken und Landkarten. Gezwungen zuzugeben, dass man nicht über Tatsachen berichtet, griffen die Medien zu *dem* Mittel der Erzeugung parteilichen Mitleids, das in der heutigen Zeit offenbar am wirkungsvollsten ist: Mit Fotos vom Elend und vom Schrecken, von Fluchtszenen wurde über das Leiden der Opfer berichtet und damit Betroffenheit und teilweise sogar Entsetzen hergestellt.

Über Wochen waren fast täglich weinende Mütter mit ihren Kindern oder alte gebrechliche Frauen auf der ersten Seite der WESTDEUTSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG abgebildet, Bilder, die dem Betrachter zu Herzen gehen. Verzweifelte Flüchtlinge wurden gezeigt, denen der Schock ihrer Vertreibung ins Gesicht geschrieben stand. Auch wenn dies möglicherweise nicht die redaktionelle Position z.B. der WAZ war, so produzierten diese Bilder dennoch den Effekt, den Politikern und Militärs zu Rückhalt und Akzeptanz in der Bevölkerung zu verhelfen – zumal diese gleichzeitig im redaktionellen Teil den Krieg immer wieder als alternativlos propagierten.

Denn neben diesen Abbildungen wurde zugleich darauf insistiert, dass eine Lösung des Konfliktes nicht zu haben sei, schon gar keine schnelle. So trat neben Betroffenheit Ratlosigkeit auf, es konnten sich Ohnmachtsgefühle breitmachen. Bei aller Bereitschaft, etwas zu tun, schien die Katastrophe nicht zu stoppen zu sein. Sie lastete wie blinde Natur auf der Welt, und gleichsam wie bei einer Naturkatastrophe reagierten die Menschen nicht nur hier in Deutschland mit Mitleid und spendeten Geld, wie sie es in solchen Fällen immer tun, zum Beispiel bei Erdbeben oder Fluchtkatastrophen. Sie wandten sich an nicht-politische Hilfsorganisationen, die die Schäden vermindern sollten: Das rote Kreuz, Ärzte ohne Grenzen etc. Auf diese Weise wurde jedoch das zu bewältigte Problem dem politischen Raum entzogen, politische Lösungen wurden ausgeklammert, der Krieg wurde entpolitisiert. Der Schock, der durch die Wiedergabe solch grausamer Szenen ausgelöst wird, versetzte die Betrachterinnen in einen emotionalen Zustand von Ohnmacht und Wut.⁵ Die Zustimmung zu den Bomben war eine Möglichkeit, das innere Gleichgewicht wieder herzustellen.

⁵ Zur Wirkung von solchen ‚authentisch-dokumentarischen‘ Bildern vgl. auch Link 2000.

Um jedoch als Legitimation für die Nato-Bomben funktionieren zu können, musste von den Betrachtern der Fluchtbilder, die immer und immer wieder von den Medien verbreitet werden, *eine* Voraussetzung akzeptiert werden: die Annahme, die Bomben könnten den hilflosen Personen helfen, aus ihrem Elend herauszukommen. Doch diese Voraussetzung war brüchig, und sie war vor allem nicht logisch. Denn die Bilder bewiesen – wenn Bilder überhaupt etwas beweisen können –, dass die Nato-Bomben den abgebildeten Personen gerade *nicht* helfen konnten. Doch die Brüchigkeit der Argumentation wurde durch die ständige Reproduktion der Bilder überdeckt. Die Verletzungen und Empörungen, die die Bilder auslösten, blockierten ein Nachdenken darüber, dass sie das Gegenteil von dem bewiesen, was sie beweisen sollten. Vielleicht muss man sogar weitergehend sagen: Sie *verhinderten* ein Nachdenken darüber, dass die Bomben möglicherweise sogar den Effekt auslösen, die serbische Bevölkerung zusammenzuschmieden, mit der Konsequenz, dass die in Jugoslawien ja durchaus auch vorhandene Opposition zu Milošević zum Schweigen gebracht wurde.

Aus diesen Überlegungen lässt sich über die Berichterstattung zum Krieg schlussfolgern: Durch die ständige Präsentation von Fluchtbildern hat sich die Presse zumindest in der ersten Phase des Krieges in eine Legitimationsbeschaffung einbinden lassen und kritische Stimmen gegen den Krieg mundtot gemacht.⁶

Mit zunehmender Dauer des Krieges präsentierten die Medien jedoch auch andere Bilder: Aufnahmen von zerbombten Brücken, Aufnahmen von durch Nato-Bomben zerfetzten Leichen. Diese Bilder haben die kritische Diskussion um den Euphemismus der „Kollateralschäden“ angefacht. Und auch diese Bilder verfehlten ihre Wirkung nicht – nun allerdings in kriegskritischer Hinsicht. So fragte dann auch Lothar Löwe in der BILD-Zeitung vom 17.4. 99 in seinem Kommentar mit dem Titel "Wie lange"? danach, ob "das westliche Bündnis den Druck der Öffentlichkeit - angesichts schrecklicher TV-Bilder unabsichtlich zusammengebombter Zivilisten - aushalten" könne. (BILD vom 17.4.99)

⁶ Daran ändert auch nichts, dass einige TV-Sender und Print-Medien in Beiträgen das Problem Wirkung ihrer Bilder thematisiert haben. (Z.B. TAZ vom 8.5.99 oder auch DIE ZEIT vom 8.4.99)

Die rassistischen Zuschreibungen der Kosovo-Albaner wurden nur zeitweilig zurückgenommen

Nun könnte man meinen, die ständige Positionierung der Kosovo-Albaner als Opfer einer serbischen Vertreibungspolitik habe auch ihr Gutes, weil es die deutsche Sicht auf Flüchtlinge nachhaltig zu verändern geeignet war. Dies war eindeutig aber nicht der Fall. Stattdessen kündigte sich auch während der Kriegsphase in der Presse bereits an, dass die mit Mitleid und Spenden bedachten Flüchtlinge sehr schnell auch wieder zu „Asylanten“ bzw. „Scheinasylanten“ werden können, die illegal in Deutschland sind und dort Kriminalität und Heroin verbreiten. Schließlich steht diese Personengruppe in Deutschland ganz besonders im Blickpunkt der ordnungspolitischen Öffentlichkeit. Bereits im BKA-Bericht von 1997 wurde gerade vor Kosovo-Albanern gewarnt, weil sie sich durch „Aggressivität und hohe Mobilität“ auszeichnen sowie über „ein gut ausgebaute(s) internationale(s) Netzwerk“ verfügen.

Diese Zuschreibungen rückten während des Krieges zwar in den Hintergrund der Berichte, verschwunden waren sie allerdings auch während dieser Zeit nicht. Insofern war ein Stimmungsumschwung in Richtung erneuter Ausgrenzung und Diskriminierung der zuvor bemitleideten Kosovo-Albaner nach der akuten Kriegsphase also durchaus zu erwarten.

Die Titelseite der WAZ vom 21. April 1999 kann als ein Indiz für einen solchen Stimmungswechsel gelten. Unter der Hauptüberschrift „Bonn plant Einsatz auch in Albanien“ sind dort zwei Nachrichten untereinander montiert. In dem Artikel „Debatte um Flüchtlinge aus dem Kosovo“ wird berichtet, dass der vorläufige Aufnahme-Stop von Flüchtlingen von CDU-Politikern mit dem Hinweis gerechtfertigt wurde, „dass einige Kosovo-Albaner Kriminelle seien.“ Darunter ist in der Kurzmeldung „Verletzte bei Brandanschlag auf Asylheim“ davon die Rede, dass in Freiberg vier „Menschen“ verletzt wurden. Und hinzufügen ist, dass im SPIEGEL auch während der gesamten Kriegszeit Artikel und Artikelpassagen aufzufinden sind, die immer wieder die Kriminalität von Albanern in den Vordergrund rücken und als eine Art kultureller Besonderheit hervorheben. Interessant daran ist, dass solche Zuschreibungen eher beiläufig, quasi in Nebensätzen, erfolgen.

Unter dem Titel "Der Traum des Millionärs" veröffentlicht der SPIEGEL eine Reportage über Exil-Albaner, die in den USA ihr "Glück" suchten, es fanden und als reiche Männer nach Albanien zurückkehrten. Direkt zu Be-

ginn wird die Arbeitsumgebung eines 27-jährigen Albaners, der ebenfalls von einer solchen Karriere träumt, lebhaft ausgemalt:

„Stefanis Arbeitsplatz ist dreckig und laut. Während sich die Autos, meist aus Deutschland gestohlene Mercedes-Modelle, hupend ihren Weg durch das Verkehrschaos bahnen, verscherbeln Händler Feuerzeuge, betteln Kinder, tricksen Taxifahrer, feilschen Geldwechsler.“

Im weiteren wird dann die gelungene Karriere von Ekrem Bardha beschrieben, der 1957 nach Detroit ging, "wo er sich als Tellerwäscher verdingte". Mittlerweile lebt er wieder in Tirana "und hält 70 Leute in Arbeit und Brot". Die Ausstattung seines Restaurants bezog er aus Amerika, musste dafür allerdings "Zigtausende" bezahlen, um sie "durch den korrupten Zoll der albanischen Hafenstadt Durres zu bekommen". Es wird betont, dass er als "ehrlichster Restaurantbetreiber Albanien" gelte. Doch könne er sich als reicher Mann diese Ehrlichkeit auch leisten, indem er "dem fragilen Staat" Steuern zahle.

In einer weiteren Passage geht es dann um die Zustände in Albanien. Es wird herausgestellt, dass für Albanien der Krieg im Kosovo nicht "nur eine Belastung, sondern auch eine Chance" sei. Denn die Nato könne der Regierung dabei helfen, die Kontrolle über das rebellische Land zurückzugewinnen.“ Denn:

„In den Bergen hinter Tirana beginnt Gangland. Dort haben Bandenführer das Sagen. Die Straße nach Norden wird mitunter von Räubern belagert, die für ein paar Dollar töten.“

Mit solchen Reportagen, in den sich rassistische Unterstellungen zuhauf finden, trägt der SPIEGEL während der gesamten Kriegszeit dazu bei, dass rassistische Zuschreibungen gegenüber Albanern bzw. Bewohnern des Balkans in Vergessenheit geraten.

Wer die Presse nach dem Krieg verfolgt, weiß, dass aus den bemitleideten Kosovaren mittlerweile wieder eine stigmatisierte Gruppen von Flüchtlingen geworden ist. Dabei kann die emotionale Aufladung des Kriegsdiskurses dazu führen, dass derartige Ausgrenzungen sogar noch verstärkt wirksam werden. Denn wenn sich zeigt, dass alle Hilfsgüter und Spenden nicht ausreichen, um das Leiden der Menschen zu lindern, dann werden dafür Gründe gesucht und gefunden werden. Hier kann dann der rassistisch strukturierte Einwanderungsdiskurs wieder Platz greifen, indem z.B. auf die Minderwertigkeit und mangelnde Kompetenz dieser Menschen verwiesen wird.

Kriegsgegner wurden tendenziell ausgegrenzt – eine diskursive Strategie, die nicht nur während Kriegszeiten von Bedeutung ist

Die in Kriegs- und Krisenzeiten bekannte Diskursstrategie, nach der jeder oder jede, der/die nicht für den Krieg ist, zum Handlanger des Feindes wird, kam während des Nato-Kriegs in der Presse ebenfalls zum Einsatz. Die FAZ unterstellte eine solche Handlangerfunktion bereits dem Bundesvorstand der Bündnisgrünen. Als sich dieser bei der Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz, die anlässlich des Nato-Krieges stattfand, erdreistete, einen Leitantrag zu formulieren, in dem eine einseitige Feuerpause seitens der Nato gefordert wurde, kommentierte sie: „Der Grünen-Bundesvorstand und Milošević stimmen offenkundig überein.“ (FAZ 10.5.99) Wie gesagt, der Antrag enthielt keineswegs die Forderung nach einem unbefristeten Bomben-Stop. Die VerfasserInnen dieses Antrages befanden sich also durchaus nicht im Lager der grundsätzlichen Kriegskritiker.

In die gleiche Richtung zielte auch die systematische Entwertung von Gegnern des Krieges und ihrer Argumente. Sie seien „militante Pazifisten“, die sich verantwortungslos und feige aus der „Verantwortung“ stellen wollten.

Nachdem auf der bereits angesprochenen Grünen-Konferenz in Bielefeld eine Farbbeutel-Attacke auf Josef Fischer erfolgte, bemühte sich die Bild-Zeitung sogar darum, einen Zusammenhang zwischen dem „Attentäter“ und der Kriegsgegnerin Annelie Buntenbach herzustellen.

„Die Spitzengrüne und der ‚Mann im Rock‘ – wie gut kennen sich die wortgewaltige Fischer-Gegnerin Annelie Buntenbach (44) und der ‚wurfgewaltige‘ Fischer-Attentäter Samir Fansa (36)?“

Hier wird nicht nur durch die rhetorische Figur einer Alliteration, d.h. durch den Gleichklang der Silben ‚wort- bzw. wurfgewaltig‘ Annelie Buntenbach in die Nähe gewaltbereiter Personen geschrieben. Zusätzlich wird der Konflikt personalisiert, in dem Annelie Buntenbach als Gegnerin von Josef Fischer bezeichnet wird. Im weiteren Verlauf des Artikels wird ihr dann eine mangelnde Zusammenarbeit bei der Ermittlung des Täters unterstellt, womit ein „riesiger Ermittlungsaufwand“ hätte vermieden werden können. (BILD vom 18.5.99)

In den TAZ kommt während des Krieges häufiger Sybille Tönnies zu Wort. Auch sie beteiligt sich massiv an solchen Entwertungen all derjenigen, die nicht für den Krieg sind. In einem Kommentar vom 17.5.99 stellt sie die Kriegsgegner als Personen dar, die gegen den Außenminister Fischer

„rasen“ und deshalb so in Rage seien, weil sie sich weiterhin dem „Tötungstabu“ unterwerfen wollten, mit denen sich die Deutschen nach Hitler vor ihrer Vergangenheit geschützt hätten.

Solche Entwertungen der politischen Gegner finden sich in den Artikeln zum Kosovokrieg massenhaft. Wenn sie auch nicht als spezifisch für diese Berichterstattung angesehen werden können, weil und sofern sie in Deutschland auch in anderen kontroversen Belangen eine gängige Auseinandersetzungsform darstellen, so entfalten sie aber dennoch ihre Wirkungen und trugen in Kriegszeiten dazu bei, Blöcke und alternativlose Binaritäten zu konstruieren, zwischen denen sich vermeintlich entschieden werden musste.

Ebenso verhält es sich mit den Pauschalisierungen und Homogenisierungen, die in der Presse aufzufinden waren: Es wurde zwar immer wieder behauptet, die Nato führe keinen Krieg gegen die serbische Bevölkerung bzw. das „serbische Volk“, dennoch war ständig von „den Serben“ auch dort die Rede, wo eindeutig die politische Führung gemeint war. In einem SPIEGEL-Artikel wurde z.B. ausgeführt, dass bei der Nato „schon Ende Januar präzise Hinweise eingegangen (waren), dass die Serben systematisch Truppenverbände zu ihrer ‚Operation Hufeisen‘ um das Kosovo zusammenzogen.“ (DER SPIEGEL 15/1999)

Die Notwendigkeit des militärischen Eingreifens wurde mit „Auschwitz“ begründet

Und es gibt einen weiteren Punkt, bei dem die Presse in ihrer Kriegsberichterstattung zum Erfüllungsgehilfen der Politik mutierte. Die Vergleiche mit Auschwitz, die vor allem zu Beginn des Krieges dazu herhalten mussten, deutsche Bedenken gegen ein militärisches Eingreifen zu entkräften, sind auch in den Medien nachgebetet und nur wenig und dann erst gegen Ende des Krieges kritisch reflektiert worden.

Dabei kam der Vergleich mit der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik nicht überraschend. Bereits 1995 formulierte Josef Fischer in der TAZ mit Blick auf Jugoslawien die Frage: „Läuft die deutsche Linke jetzt nicht massiv Gefahr, ihre moralische Seele zu verlieren, wenn sie sich ... vor diesem neuen Faschismus und seiner Politik der Gewalt wegduckt?“ (TAZ vom 2.8.99)⁷

⁷ Mit dieser diskursiven Vorbereitung befasst sich Michael Schwab-Trapp. Er arbeitet heraus, auf welche Weise sich 1995 „innerhalb weniger Wochen“ „der argumentative Status der deutschen Vergangenheit“ grundlegend veränderte. (Vgl. Schwab-Trapp 2000, 105)

Die FAZ bescheinigt jedenfalls dem grünen Außenminister große Moralität, weil er „als Vertreter einer Generation, die am Verhalten der Eltern im Dritten Reich (ver-)zweifelte, über dem Satz ‚Nie wieder Krieg‘ einen zweiten Satz nicht vergessen (habe), der zu Protestzeiten genauso laut gerufen wurde: ‚Nie wieder Auschwitz.‘“ (FAZ vom 9.4.99)

Und an die Adresse der Kriegsgegner gerichtet, sieht die bereits angesprochene Sybille Tönnies sogar eine Logik darin, „dass man, so gut wie man Auschwitz freibomben durften, so gut auch das Kosovo mit todbringenden Mitteln befreien darf.“ (TAZ v. 17.4.99)

Erst nachdem Opfer des Holocaust sich gegen diesen unsäglichen Vergleich massiv zur Wehr gesetzt haben und nachdem auch Historiker ihn als den Holocaust relativierend bezeichneten, verstummte diese Argumentation merklich, und dann setzte auch in der Presse, z.B. im Spiegel eine kritische Reflektion über eine solche Gleichsetzung ein. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sie bereits ihren Zweck erfüllt, der darin bestand, den ersten Krieg, in dem deutsche Soldaten nach 1945 beteiligt sind, zu legitimieren.

Die Normalisierung des Krieges als Krieg der Profis

Nachdem klar wurde, dass die Nato-Strategie, mit Luftschlägen Milosevic in die Knie zwingen zu wollen, nicht funktionierte, stellte sich in den Medien so etwas wie eine Kriegsnormalität her. Offenbar hatte man sich in den Redaktionen nach wochenlangen Bombardements an den Kriegsaltag gewöhnt und weitete diesen Prozess nun auch auf die Leserinnen aus. Ein Indiz dafür war z.B., dass der BILD-Zeitung der Krieg seit dem 23.4., wenn überhaupt, nur eine kleine Notiz auf der ersten Seite wert war.⁸ Natürlich wurde in den Zeitungen weiterhin kontinuierlich und ausführlich über den Krieg berichtet, doch spürbar war, dass der Krieg als Nachricht mit anderen politischen Ereignissen im In- und Ausland konkurrierte. Dabei hätte es eine Vielzahl von Themen und Fragen gegeben, die von Journalistinnen in Verbindung mit dem Krieg zu diskutieren bzw. aufzuwerfen gewesen wären, z.B. die nach den Zerstörungen, die durch deutsche Einsätze entstanden sind, oder auch die nach den Entscheidungsträgern, die die militärischen Ziele jeweils festlegen, nach den Kriterien, warum diese und nicht andere Ziele ins Visier genommen wurden, usw.

⁸ Auch die WAZ, die insgesamt dem Krieg recht kritisch gegenüberstand, berichtete nur bis zum 31.5.99 täglich auf ihrer Titelseite von den Kriegsvorkommnissen. Danach wird zwar weiterhin im Innenteil ausführlich berichtet, nicht aber unbedingt aus der Titelseite.

Durch das Herunterfahren des Krieges auf „Normalmaß“ erwies die Presse der politischen und militärischen Klasse in Deutschland und darüber hinaus einen weiteren Friendschaftsdienst. Denn diese war durchaus daran interessiert, dass Kriegführen heute als eine Sache von Profis und Spezialisten angesehen wird, dass die NATO-Strategie sich als tauglich erweist, Konflikte durch abgestuftes Eingreifen so zu bewältigen, dass die Bevölkerung gar nicht merkt, dass ihre Führung Kriege führt. Wann und wie oft Waffen eingesetzt werden, ist allein die Sache der Militärs.⁹ Wären dagegen nur einige der oben angesprochenen Fragestellungen von der Presse aufgenommen worden, dann hätte sich sehr schnell gezeigt, wer in Kriegszeiten im Land das Sagen hat. Dann wäre deutlich geworden, dass die Herren Scharping, Fischer und Schröder nur das kommentieren durften (und konnten), was die NATO ausgedacht und entschieden hatte. Ob unter diesen Umständen das Schweigen in der Bevölkerung zu diesem Krieg weiter angedauert hätte, ist zwar nicht ausgemacht. Mit Sicherheit aber wäre die Stimmung im Land gekippt – zumal in anderen europäischen Ländern die Bevölkerungen ihre Kritik am Krieg stärker artikuliert haben.

Die Presse unterwarf sich der Eskalationslogik der Nato

Auch wenn Politikerdiskurse und Mediendiskurse in Kriegszeiten aus Gründen der Funktionalität meist sehr dicht beieinander liegen, bedeutet dies nicht, dass sie während des Nato-Krieg identisch waren. Wie bei anderen Gelegenheiten auch, formulierten die Medien eigene Positionen, wobei sie sich sicherlich stark an den politischen bzw. militärischen Vorgaben orientierten, denen sie dann zustimmten oder die sie ablehnten. Im Kosovo-Krieg war z.B. die Debatte um das Für und Wider eines Bodenkriegs sehr dominant. Auf welche Weise die Presse in dieser Frage zur Eskalation des kriegerischen Konfliktes beitrug, kann die Analyse eines Kommentars verdeutlichen, der bereits drei Tage nach Kriegsbeginn in der FRANKFURTER RUNDSCHAU erschien und in dem einer der führenden Redakteure dieser Zeitung den Einsatz von Bodentruppen forderte.¹⁰ Auf diesen Artikel soll hier deshalb genauer eingegangen werden, weil er als ein exemplarischer Fall angesehen werden kann. Seine Betrachtung

⁹ Zur Normalisierung des Krieges und seinem öffentlichen „Verschwinden“ vgl. Link 1999 sowie Albrecht 1999.

¹⁰ Vgl. hierzu ausführlich Jäger 2000. Seine Analyse ist im Vorfeld des bereits erwähnten Projekts zur Print-Medienberichterstattung von Siegfried Jäger angefertigt worden. Im folgenden beziehe ich mich auf seine Ergebnisse.

kann deutlich machen, auf welche Weise sich die Eskalationslogik der Nato geltend macht, ohne dass sie von dem Autor überhaupt expliziert wird.

Unter der Überschrift „Was folgt den Luftangriffen?“ beschäftigt sich Jochen Siemens am 27.3.99 mit der weiteren Perspektive.

Der Artikel besticht durch eine stringente Argumentation. Zunächst wird eine erste, bittere Bilanz gezogen: Die Kriegsziele seien bisher nicht erreicht worden. (Z. 3-15) Im Gegenteil, alles sei nur schlimmer geworden. Die Luftangriffe hätten zur Eskalation von menschlichem Chaos und Gemetzel der Volksgruppen geführt, zu großen Spannungen mit Russland, zur Destabilisierung Mazedoniens und zur Blamage der NATO. (Z. 16-35). Die Vereinten Nationen sind desavouiert.

Auf diesem Hintergrund erfolgt eine Prognose (Z. 36-57): die Lage wird sich weiter verschlechtern. Die Verschärfung der Luftangriffe wird nicht zum Zurückweichen und nicht zur Abspaltung der Militärs von Milosevic führen, im Gegenteil: diese „vage Hoffnung“, die sich mit dieser „grausamen Logik“ verbinde, täusche.

Es folgt ein Vergleich mit dem Golfkrieg, bei dem selbst ein langwieriger Luftkrieg (5 Wochen) Saddam Hussein nicht bezwingen konnte und erst Bodeneinsätze zum Ziel führten. Damit wird die analoge Schlussfolgerung „Bodenkrieg“ vorbereitet. Die zu dieser Zeit bestehende Alternative: entweder Milosevic gibt nach, oder die Nato bombt, wird als aberwitzig dargestellt. (Z. 58-72)

Die Schlussfolgerung lautet: Es müsse zugegeben werden, dass der Konflikt so (also durch den Luftkrieg) nicht zu lösen ist. Ehe die sich die daraus ergebende Konsequenz ausgesprochen wird, werden westliche Politiker, die einen Bodenkrieg ablehnen, mitsamt ihrer Argumente entwertet: Diese Politiker hofften (vergebens) auf neue politische Optionen, die sich als Folge des Luftkriegs einstellen sollen; doch sie haben lange die Tatsachen geleugnet, sie haben lange weggesehen und falsche Hoffnungen geweckt. Ihre Position wird als heuchlerisch abgetan. (Z. 86-101)

Erst danach schlussfolgert der Kommentator: Jetzt gibt es „kein Zurück“ mehr angesichts des bedrohlichen Zustands. Entweder sei die UCK zu bewaffnen oder andere „Bodenstrategien“ (Z 112) seien zu beschließen. Gefordert wird eine realistische politische Zukunftsperspektive, denn Luftangriffe erweisen sich als „Sackgassen der Zerstörung“ (Z. 118f.) und ermöglichen „dem Diktator in Belgrad“, „das erwünschte ‚ethnisch gesäuberte‘ Kosovo zu erreichen.“ (Z. 121f.) Die Konsequenz dieser „realisti-

schen politischen Zukunftsperspektive“ kann also nur der Einsatz von Bodentruppen sein.

Zwei Aspekte machen diesen Kommentar zu einem kriegseskalierenden Artikel.

Bereits in der Überschrift deutet sich an, welche *Perspektive* der Kommentator einnimmt. Er fragt: Was folgt den Luftangriffen? Die Frage enthält das Implikat, dass etwas den Luftangriffen folgen wird. Da ein Rückzug der Nato zum damaligen Zeitpunkt nicht zu erwarten war, kann sich die Frage nur auf weitere militärische Handlungen beziehen, zumal diplomatische Perspektiven zu diesem Zeitpunkt nicht im Gespräch waren. Insofern spielt die Überschrift bereits auf die Option einer Fortsetzung des Krieges an.

Das wird dann mit dem ersten Satz auch deutlich, der lautet:

„Die Frage, welchen Sinn der *Luftkrieg* gegen Serbien hat, wurde von den Regierungen der Nato-Staaten vor den ersten Bomben eindeutig beantwortet: Es gelte, die andauernde humanitäre Katastrophe in Kosovo zu beenden und den serbischen Diktator zur Unterzeichnung des Rambouillet-Vertrags zu zwingen, der ein autonomes Kosovo im Staat Jugoslawien garantieren soll.“

Bereits in diesem Satz nimmt der Kommentator die für den gesamten Artikel entscheidende Perspektive ein. Er problematisiert den Luftkrieg gegen Milosevic bzw. Jugoslawien, nicht den Krieg als solchen. Seine folgenden Ausführungen entspringen dann einer Logik, die ihm diese Kriegs-Perspektive quasi diktiert.

Wenn Krieg das richtige Mittel ist, dann kann die feindliche Seite auch nur mit kriegerischen Mitteln ‚zur Vernunft‘ gebracht werden. Und wenn dafür gezielte Luftschläge nicht ausreichen, dann muss das kriegerische Repertoire eben erweitert werden.

Zugleich ist die Rede von der „humanitären Katastrophe“, die in Kriegszeiten (nicht allein in der FRANKFURTER RUNDSCHAU) immer wieder als Argument für den Krieg angeführt wurde.

Abgesehen davon, dass diese Phrase semantisch unsinnig ist – wie kann eine Katastrophe humanitär (= menschenfreundlich, wohltätig) sein? – wird mit dem Terminus ‚Katastrophe‘ eine Natursymbolik bemüht, die den Verursacher Milosevic als blinde Natur, als Naturgewalt imaginiert. Nun ist diese Phrase in dieser Zeit in aller Munde, so dass man sagen kann, der Verfasser bedient sich ihrer als griffiger Kurzformel für die Begründung des Eingreifens der Nato. Dabei nimmt er den schweren semantischen Fehler in Kauf, um auf den Diskurs, in dem die ‚humanitäre Katast-

rophe' eine feste Größe ist, optimal einwirken zu können. Insofern haben wir es hier mit nicht mehr und nicht weniger als diskursivem Opportunismus zu tun. Insofern der Autor diese Wendung im gesamten Kommentar häufiger (3mal) verwendet, färbt sie den gesamten Text ein. Flankiert wird diese Phrase durch den Verweis auf „ethnische Konflikte“ und „nationalistisch-chauvinistische Exzesse“. Diese Erklärungsmuster stimmen insofern genau mit der Analyse der Militärs und der Führer der Nato überein, deren Interpretation der Ereignisse auf dem Balkan sich der Autor also umstandslos zu eigen macht. Dazu passt eine weitere Charakterisierung der Situation als „menschliche(s) Chaos und Gemetzel der Volksgruppen auf dem Amselfeld“. (Z. 17ff.)

Festzuhalten ist: Nach drei Kriegs Nächten erscheint in der FR ein Kommentar, der die Lösung des Konfliktes im Kosovo bereits im Bodenkrieg sieht. Gerade wenn man bedenkt, dass deutsche Politiker diese Option während der gesamten Kriegszeit vehement ablehnten, muss eine solche Position als kriegsausweitend bzw. -eskalierend angesehen werden. Sie ist auch deshalb bemerkenswert, als noch wenige Monate zuvor die Beteiligung Deutschlands an Kriegen nach den Verbrechen des Dritten Reiches völlig undenkbar schien. Hier hat sich offenbar sehr schnell die neue politische Linie der Regierung durchsetzen können, die gerade mit Blick auf das Dritte Reich und seine Verbrechen die Beteiligung Deutschlands an Kriegen forderte, um einen neuen Faschismus oder gar ein neues Auschwitz – egal wo auf der Welt – zu bekämpfen.

Vorläufiges Fazit

Vor diesem sicherlich nur knapp skizzierten Hintergrund lässt sich die Frage nach Qualität der Printmedienberichte zum Nato-Krieg vorläufig so beantworten: Nein, Kriegspropaganda im herkömmlichen Sinne ist in der bundesdeutschen Presse nicht auffindbar. Dennoch gibt es eine Reihe von Hinweisen darauf, dass sich die Presse – wie andere Medien auch – in ein politisches und militärisches Konzept einspannen ließ, das den Krieg nicht nur rechtfertigte, sondern auch als „humanitär“ erscheinen lassen wollte. Es gab kein Tschingderassa-Bum, aber es gab eine subtile Legitimierung dieses „humanitären“ Krieges. Wurden ehemals die Menschen durch Kriegspropaganda begeistert, so wurden sie in diesem Krieg – auch durch die Presse – ruhiggestellt.

Literatur:

Albrecht, Ulrich 1999: Die neue Weltordnung der Nato, Das Argument 231, 569-572

Grewenig, Adi / Margret Jäger (Hg.) 2000: Medien in Konflikten. Holocaust, Krieg, Ausgrenzung, Duisburg

Jäger, Siegfried 2000: "Im grellen Feuerschein der Explosionen" - Diskursanalytische Annäherung an einen Kommentar zum Kosovo-Krieg nach den ersten drei "Bombennächten" (vom 27.3.1999), in: Grewenig / Jäger (Hg.), 111-132

Link, Jürgen 1999: Der diskrete Krieg der Profis, der die Normalität nicht berührt. Der Konflikt auf dem Balkan braucht "das Volk" nicht, sondern stellt seine Bestandteile selbst her, Dokumentation der FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 18.6.1999

Link, Jürgen 2000: "DIESE BILDER!" - Über einige Aspekte des Verhältnisses von dokumentarischen Bildmedien und Diskurs, in: Grewenig / Jäger (Hg.), 239-251

Schwab-Trapp, Michael 2000: Der deutsche Diskurs über den Jugoslawienkrieg. Skizzen zur Karriere eines moralischen Dilemmas, in: Grewenig / Jäger (Hg.), 97-110

Der Text erscheint auch in:

DAS ARGUMENT, Zeitschrift für Sozialwissenschaften und Philosophie
Mai 2000

Zur Person:

Margarete Jäger, 1951; Dr. phil und Dipl.oec., stellvertretende Leiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Arbeitsgebiete: Diskurstheorie und Diskursanalyse, Rechtsextremismus, Rassismus, Biopolitik, Militarismus